

Spannender Gegenentwurf mit Haken

Ex-Staatssekretär Eekhoff entwirft Modell der „Bürgerprivatversicherung“

Obwohl die letzte Gesundheitsreform noch nicht komplett umgesetzt ist, bringen sich die Experten schon für die nächste in Stellung. Vier Wissenschaftler – unter ihnen der ehemalige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Johann Eekhoff – haben nun ein Modell vorgestellt, das den derzeit vorherrschenden Trend zur Verstaatlichung beenden könnte: die Bürgerprivatversicherung.

Im Bankenwesen rufen viele angesichts der Finanzkrise nach dem „starken Staat“ – im Gesundheitswesen ist er schon Realität. Denn im Zuge der letzten Gesundheitsreform hat die Bundesregierung ihre Kompetenzen noch einmal ausgedehnt: Sie bestimmt die Höhe des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), sie verpflichtet die privaten Krankenversicherer, einen Basistarif anzubieten, der faktisch einen Schritt in Richtung Einheitsversicherung darstellt, und auch in die Verhandlungen über die Ärztehonorare hat sie massiv eingegriffen. Doch der Zug in Richtung Staatsmedizin ist noch zu stoppen – zumindest, wenn es nach Professor Dr. Johann Eekhoff und

seinen Mitstreitern geht: Sie haben das Modell der Bürgerprivatversicherung entwickelt.

Gesundheitsfonds fördert Bürokratie

Die Autoren weisen darauf hin, dass das deutsche Gesundheitswesen durch das „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ einen Rückschritt gemacht habe. Vor allem am Gesundheitsfonds lassen sie kein gutes Haar: „Insgesamt sind das Grundkonzept und die Ausgestaltungsmängel des Fondsmodells so gravierend, dass die Einführung als Verschlechterung im Vergleich zum heutigen gesetzlichen Krankenversicherungssystem angesehen werden muss.“ Die Autoren befürchten eine massive Zunahme der Bürokratie und kritisieren vor allem die Überforderungsklausel, die die Zusatzprämie auf ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens beschränkt. Diese Regelung widerspreche dem Sinn der Zusatzprämie, der darin besteht, die Versicherten dazu zu motivieren, sich die preisgünstigste Krankenkasse zu suchen.

Zentrale Rolle für Krankenkassen

Die Einführung der Bürgerprivatversicherung könnte nach Auffassung der Autoren zu nachhaltigen Verbesserungen führen. Grundstein hierfür wäre das Ende des dualen Krankenversicherungssystems in Deutschland. Gesetzliche und private Krankenversicherung (PKV) würden in einer neuen Versicherung aufgehen, die Ähnlichkeiten mit der heutigen PKV hätte. Die Beiträge wären nicht mehr an die Arbeitslöhne der Versicherten gekoppelt, sondern abhängig vom individuellen Krankheitsrisiko. Die Bürgerprivatversicherung hätte einen wesentlichen Vorteil gegenüber dem jetzigen System: Sie wäre weitgehend staatsfern. Der Staat hätte lediglich die Aufgabe, den Leistungskatalog der „Mindestversicherung“ zu bestimmen; alle weiteren Details sollten den Kräften des freien Marktes überlassen werden.

Wem die Wissenschaftler dabei die zentrale Bedeutung im künftigen Gesundheitswesen zuweisen, wird an vielen Stellen des Buches deutlich: den Krankenkassen. Ein Beispiel: Aufgrund des umfangreichen Datenmaterials, über das sie verfügen,



Foto: KZVB

Plädiert für ein privatwirtschaftliches Krankenversicherungssystem mit individuell risikoäquivalenten Prämien: Professor Dr. Johann Eekhoff.

könnten „die Versicherer höherwertige ärztliche Leistungen von qualitativ schlechteren unterscheiden oder unwirtschaftlich arbeitende Leistungserbringer identifizieren“. Durch selektives Kontrahieren und entsprechende Honorierung könne der Wettbewerb unter den sogenannten Leistungserbringern gefördert werden. Da die Autoren gleichzeitig eine Schwächung der (zahn-)ärztlichen Körperschaften fordern, dürfte das entworfene Szenario bei den meisten Ärzten und Zahnärzten auf wenig Gegenliebe stoßen. Denn so wären sie ungeschützt der Willkür der Krankenkassen ausgesetzt. Das Ergebnis wäre ein Zustand, wie er vor Gründung der Kassen(zahn-)ärztlichen Vereinigungen zu Beginn der 30er-Jahre bestand: Mächtige Krankenkassen ständen isoliert agierenden Medizinern gegenüber.

Schluss mit Umverteilung in der GKV

Die Wissenschaftler stellen die Frage, ob die Umverteilung zwischen verschiedenen Einkommensschichten auch in der GKV vorgenommen werden sollte. Sie antworten mit einem klaren „Nein“, denn sie sehen darin eine gravierende Störung des Versicherungsmarktes.

Die Autoren machen sich überdies für einen Wandel der umlagefinanzierten Krankenversicherung in eine kapitalgedeckte stark. Sie erwarten dadurch keine zusätzlichen Kosten für die gegenwärtige Generation der Erwerbstätigen; vielmehr ließe sich dadurch die Effizienz steigern und die Transparenz verbessern. In der Bürgerprivatversicherung würde die Kostenerstattung an die Stelle des Sachleistungsprinzips treten.

Außerdem plädieren die Autoren für eine stärkere Europäisierung des Gesundheitswesens: „Die Europäische Union kann für die nationalen Gesundheitssysteme durchaus eine Chance bieten, Ineffizienzen zu beseitigen und Probleme zu lösen.“ Ein mögliches Spielfeld für die EU sehen die Wissenschaftler beispielsweise darin, dass sie europaweite Mindeststandards für den Leistungskatalog in der Krankenversicherung bestimmt.

Fazit

Die „Bürgerprivatversicherung“ ist ein spannender Gegenentwurf zur aktuellen Entwicklung im Gesundheitswesen: Der

Einfluss des Staates würde zurückgedrängt und die Budgetierung (zahn-)ärztlicher Leistungen würde endlich beendet. Lediglich die herausragende Rolle, die die Autoren den Krankenkassen zuweisen, kann von Ärzten und Zahnärzten nicht widerspruchslos hingenommen werden. Schließlich ist es für einen fairen Wettbewerb notwendig, dass Kassen und Mediziner auf Augenhöhe verhandeln.

Tobias Horner



Johann Eekhoff, Vera Bünnagel, Susanna Kochskämper, Kai Menzel: Bürgerprivatversicherung – Ein neuer Weg im Gesundheitswesen. Tübingen 2008. Verlag: Mohr Siebeck. 29,- Euro